

Vorwort des Präsidenten

Liebe Mitglieder und Interessierte des BDS!

Fassungslosigkeit und Wut, Abscheu und Verachtung - etwas anderes kann man als anständiger Bürger zu den furchtbaren Taten des 13. November in Paris nicht empfinden.

Während bei mir das Mitleid mit den Opfern und Angehörigen der Abscheulichkeiten der selbsternannten Gotteskrieger vorherrschte, ließ die EU-Kommission jede Scham vermissen und entblödete sich schon am fünften Tag nach den Vorfällen nicht, um Verschärfungen der europäischen Waffengesetze einzufordern. Einmal davon abgesehen, dass es keinen Zusammenhang vom legalen Waffenbesitz der rechtstreuen Bevölkerung mit den illegalen Sturmgewehren, Bomben und Sprengstoffgürteln der Islamisten gibt, entsetzt mich die Geschmacklosigkeit, die Toten von Paris für politische Forderungen zu missbrauchen. Die EU-Kommission scheint nicht nur den kriminologischen Verstand, sondern jeden Anstand eingebüßt zu haben.

Von dieser gewaltigen Stillosigkeit einmal abgesehen, wäre es im Übrigen an der Zeit, darüber nachzudenken, ob man nicht die Wehrlosigkeit der Bürger gegenüber dem massenmörderischen Extremismus beseitigt. Die Polizei kann nicht überall sein und um es zuzuspitzen: Waffen in den Händen der anständigen Bürger sind nicht nur kein Problem für die innere Sicherheit, sondern Teil der Lösung!

Konsequente Terrorismusbekämpfung ist richtig und wichtig. Unser Staat und unsere Gesellschaft brauchen schlagkräftige Mittel gegen diese religiösen Irren. Knappe Finanzmittel sind nicht für Bürokratie bei Legalwaffenbesitzern zu verschwenden oder diese mit Misstrauen, Verboten und Überwachung zu überziehen.

Eine wichtige Aufgabe des BDS ist es, die waffenrechtlichen Interessen der Mitglieder zu wahren und weitere sinnlose und in unsere Rechte eingreifende Verschärfungen des Waffenrechts abzuwehren. Ich habe mich daher bereits in der letzten Woche mit den befreundeten Verbänden und insbesondere dem Forum Waffenrecht informiert und abgestimmt. Erfreulicherweise zeichnet sich ab, dass die Akteure mit einer Stimme sprechen und den Vorstößen aus der EU einig entgetreten werden. Auch werden die politischen Entscheider bereits informiert

und für unsere Position sensibilisiert, sowohl durch den BDS, wie auch durch unsere Partner in der Sache.

Kopfloze Aufgeregtheit ist nicht nur nicht hilfreich, sondern schädlich. Alle Mitglieder rufe ich jetzt nichts desto weniger zur Unterstützung auf: Zeichnung einer europaweiten Petition, Abgeordnetenanschriften etc., wie in dieser Mitteilung weiter unten ausgeführt sind effiziente Möglichkeiten der Mitwirkung. Helft uns helfen, diesem Unsinn schnell ein Ende zu machen!

Ihr und Euer Präsident

Friedrich Gepperth

Editorial

Sehr geehrte Leser, liebe Sportschützen,

eigentlich sollte die Novemberausgabe des Infobriefs mit Berichten von den Erfolgen des BDS vom 40-Jahres-Jubiläum über die erneute Auszeichnung als weltbeste IPSC-Region zu einem freudigen Jahresabschluss beitragen. Durch die verabscheuungswürdigen islamistischen Mordtaten von Paris und die nachfolgende Hysterie der EU-Kommission ist dies unmöglich geworden.

In dieser Ausgabe finden Sie daher Nachrichten zu den gegenwärtigen Ereignissen und konkrete Handlungsvorschläge, wenn Sie sich einbringen wollen.

Die BDS-internen Berichte zur Gesamtvorstandssitzung und Bundesdelegiertenversammlung werden mit der aktuellen waffenpolitischen Lage nachgeliefert werden.

Nichts desto weniger lassen wir auch das Erfreuliche bewußt in dieser Mitgliederinformation, wie zum Beispiel die Festschrift "40 Jahre BDS" - mit dem lesenswerten Grußwort unseres Schirmherrn Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière - um daran zu erinnern, dass der BDS in seiner Geschichte auch bei Gegenwind erfolgreich sein konnte und auch in der Zukunft sein wird.

Ulrich Falk

EU-Waffenrecht - Verschärfung droht

Als angebliche Reaktion auf die terroristischen Untaten vom 13. November in Paris hat die EU-Kommission längst vorbereitet Pläne zur europaweiten Verschärfung des Waffenrechts auf den Tisch gelegt.

In völliger Verkennung oder bewussten Außerachtlassung der Tatsache, dass bei den Terrorangriffen in Paris ausschließlich illegal in die EU verbrachte und für EU-Bürger längst verbotene vollautomatische Kriegswaffen verwendet wurden und nicht eine einzige legale halbautomatische Sportschützenwaffe, enthält der Vorschlag zum Teil gravierende und

ungerechtfertigte Verschärfungen für den legalen Waffenbesitz:

- Die Erteilung und Erneuerung waffenrechtlicher Erlaubnisse soll von einer verpflichtenden **medizinischen Untersuchung** abhängig gemacht werden (amendment 6 article 5 no. 2).
- Waffenrechtliche Erlaubnisse sollen auf maximal **fünf Jahre befristet** werden (amendment 7).
- Der Handel von Waffen über das Internet soll eingeschränkt und ausschließlich Händlern erlaubt werden (proposal 12).
- **Halbautomatische Schusswaffen**, die vollautomatischen Waffen **ähnlich** sehen (Waffen der Kategorie B 7 im Sinne der Richtlinie 91/477/EWG), sollen verboten werden (proposal 9).
- **Halbautomatische Schusswaffen** mit einer **"hohen" Magazinkapazität** sollen verboten werden (proposal 9).
- Die Regelungen zur Konstruktion von Gas- und Schreckschusswaffen sollen europaweit harmonisiert werden, um deren Umbau in schießfähige Waffen zu verhindern und Gas- und Schreckschusswaffen sollen meldepflichtig werden (proposal 13).
- Regelungen zur Unbrauchbarmachung von Schusswaffen sollen europaweit harmonisiert werden, um deren Rückbau in schießfähige Waffen zu verhindern und alle unbrauchbar gemachten Waffen sollen ebenfalls meldepflichtig werden, sofern sie nicht gleich vollständig verboten werden (proposal 7).
- Alle Verschärfungen sollen auch für **Sammler** gelten (proposal 5).
- Alle verbotenen **Waffen** sollen **zerstört** werden (amendment 6 article 6).

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

[Ausführliche Vorschläge in englischer Sprache \(.pdf\)](#)

Die Vorschläge sind in weiten Teilen für die rechtstreuen Sportschützen unakzeptabel, deren Sportausübung mit halbautomatischen Waffen und Eigentum an den Waffen akut gefährdet wäre, würden die Pläne realisiert.

Es handelt sich bei dem vorgelegten Papier zunächst "nur" um einen Vorschlag der Kommission, der erst noch in den Gremien der Europäischen Union behandelt werden muss. Noch ist also Zeit zu reagieren. Was Sie tun können finden Sie sogleich unter "Petition zeichnen!", "Abgeordnetenanschriften" und "Forum Waffenrecht".

Falk, 25.11.2015

Aktion 1: Petition zeichnen!

Spontan wurde im Internet eine europaweite [Unterschriftenaktion](#) gegen die von der EU-Kommission geplante Verschärfung des Waffenrechts gestartet: "EU : You cannot stop terrorism by restricting legal gun ownership."

Der BDS unterstützt diese Kampagne und ermuntert zur Teilnahme!

Aktion 2: Abgeordnetenanschriften

Das Recht der Europäischen Union wird vom [Rat der Europäischen Union \(Wikipedia\)](#) und dem [Europäischen Parlament \(Wikipedia\)](#) gemacht. Diese beiden Gremien können die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Verschärfung des Waffenrechts stoppen.

Die Abgeordneten des Europaparlaments (EP) können direkt angesprochen werden. Die [Suche des](#)

EP ermöglicht das Auffinden der Abgeordneten und gibt auch die Emailadressen aus. Besonders relevant sind insbesondere die Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament und der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Der Europäische Rat kann über die Bundesregierung und damit über die Abgeordneten des Bundestages (BT) angesprochen werden. Die Abgeordneten, auch nach örtlicher Zuständigkeit geordnet, sind ebenfalls im Internet abrufbar.

Besonders wichtig bei der Information von Abgeordnete von EP und BT über die Problematik: Dem Vorhaben der EU-Kommission sollt eine klare Absage erteilt wird. Es ist dabei zweckdienlich, wenn dies unaufgeregt, sachlich und ruhig erfolgt. Übertreibungen, Polemik und drastische Ausführungen wären hingegen hinderlich; Drohungen oder gar strafrechtlich relevante Äußerungen kommen bei rechtstreuen Sportschützen ohnehin nicht vor.

Aktion 3: Forum Waffenrecht stärken

Das Forum Waffenrecht ist auch und gerade für die Sportschützen des BDS unverzichtbare Interessensvertretung auf nationaler und internationaler Ebene. Gerade in der gegenwärtigen Situation zwischen IPSC-Gemeinnützigkeitsproblematik und EU-Waffenrechtsverschärfung ist das Forum gleichermaßen Klammer der Interessenverbände wie zentraler Partner des BDS. Die Leistungsfähigkeit des Forums und sein politisches Gewicht kann zum Wert einer einzelnen Packung Munition im Jahr durch die Mitgliedschaft im Forum gestärkt werden, wozu der BDS ausdrücklich ermuntert.

Übrigens: BDS-Präsident Gepperth ist Vizepräsident im Forum Waffenrecht.

Aktion 4: Schützen informieren

Der BDS hat mehr als 50.000 Mitglieder und der BDS-Infobrief aktuell mehr als 9.000 Abonnenten. Auch die anderen Verbände erreichen über ihre Kommunikationswege nur einen Bruchteil, der weit über eine Million betroffenen Waffenbesitzer in der Bundesrepublik Deutschland.

Es empfiehlt sich daher, die aktuelle Problematik im Schützenverein - egal welchen Verbandes - aber auch bei Freunden und Familie offensiv anzusprechen und um Unterstützung zu werben. Nur durch eine breite Mobilisierung können die Sportschützen ihr volles Gewicht in die politische Waagschale werfen.

Falk, 25.11.2015

Impressum - Angaben gemäß §§ 5 TMG, 55 RStV - Betreiber und Kontakt:

Bund Deutscher Sportschützen 1975 e.V.
vertreten durch den geschäftsführenden Vorstand: Präsident Friedrich Gepperth, Vizepräsidenten Sigrid Schuh, Rigo Woll und Steffen Ezell

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Registernummer 21233Nz
Verantwortlicher für journalistisch-redaktionelle Inhalte und ViSdPR: Ulrich Falk

Birkenring 5
16356 Ahrensfelde
Telefon: (030) 50 18 44 68
Telefax: (030) 97 99 23 59
E-Mail: info@bdsnet.de
Internet: <http://www.bdsnet.de>